



Die militärische Eskalation zwischen den USA, Israel und Iran hat den Nahen Osten in eine Phase akuter Unsicherheit gestürzt. Raketenangriffe, geschlossene Lufträume und abrupte Sicherheitsmaßnahmen treffen nicht nur die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern auch hunderttausende Ausländer in der Region. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Franzosen – Geschäftsleute, Touristen, Doppelstaatsbürger oder dauerhaft Ansässige. Das französische Außenministerium, das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères, hat seine Reise- und Sicherheitshinweise entsprechend verschärft.

## Sicherheit hat Vorrang

Die zentrale Botschaft aus Paris ist unmissverständlich: persönliche Sicherheit geht vor Mobilität. In Konfliktlagen könne „jede unnötige Bewegung ein zusätzliches Risiko darstellen“, heißt es aus diplomatischen Kreisen. Betroffenen wird geraten, nicht zwingend notwendige Wege zu vermeiden und sich über lokale Schutzmaßnahmen – etwa Luftschutzräume oder Notfallwarnsysteme – genau zu informieren.

In Ländern mit aktiver Bedrohungslage, insbesondere dort, wo Raketen- oder Drohnenangriffe nicht ausgeschlossen werden können, sollen sich französische Staatsbürger in unmittelbarer Nähe sicherer Unterkünfte aufhalten. Menschenansammlungen – ob religiöse Feiern, Sportveranstaltungen oder politische Kundgebungen – gelten als besonders riskant. Auch nächtliche Bewegungen oder Fahrten in unbekannte Stadtteile sollten unterbleiben, insbesondere wenn Ausgangssperren verhängt wurden.

## Registrierung und Kontaktpflege

Ein zentrales Instrument der Krisenvorsorge ist das Online-System „Fil d'Ariane“, über das sich Reisende registrieren können. Es ermöglicht dem Ministerium, im Ernstfall gezielt Sicherheitswarnungen per SMS oder E-Mail zu versenden. Wer sich in einem Krisengebiet aufhält und noch nicht registriert ist, wird dringend dazu aufgefordert.

Ebenso wichtig ist die unmittelbare Kontaktaufnahme mit der zuständigen Botschaft oder dem Konsulat. In akuten Notfällen koordiniert das in Paris angesiedelte Krisenzentrum des Ministeriums Hilfsmaßnahmen, sammelt Lageinformationen und stimmt sich mit europäischen Partnern ab. Dennoch betont das Außenministerium, dass konsularische Hilfe keine Garantie für eine rasche Ausreise darstellt.



Reisende sollen zudem ihre Ausweisdokumente jederzeit griffbereit halten, digitale Kopien sichern und alternative Kommunikationswege bereithalten, falls Mobilfunknetze ausfallen. Die Einhaltung der Anweisungen lokaler Behörden gilt als zwingend.

## Blockierte Flugrouten und diplomatische Grenzen

Ein besonderes Problem stellt der weitgehend unterbrochene Luftverkehr dar. Mehrere Staaten der Region haben derzeit ihre Lufträume geschlossen, zahlreiche internationale Flugverbindungen wurden gestrichen. Europäische Regierungen beraten derzeit in Brüssel über mögliche koordinierte Evakuierungsoptionen, doch eine großangelegte Rückholaktion ist bislang nicht beschlossen.

Das Außenministerium verweist darauf, dass diplomatische Vertretungen weder die Öffnung geschlossener Grenzen erzwingen noch militärische Schutzkorridore schaffen können. In bewaffneten Konflikten stoßen staatliche Handlungsmöglichkeiten naturgemäß an Grenzen. Die Verantwortung für unmittelbare Schutzmaßnahmen bleibt daher in erster Linie individuell.

Die Lage im Nahen Osten bleibt volatil. Sicherheitshinweise werden fortlaufend aktualisiert, teils im Abstand weniger Stunden. Für betroffene Franzosen bedeutet das eine permanente Informationspflicht – über offizielle Kanäle ebenso wie über verlässliche Medien. In einer Situation, in der militärische Dynamiken politische Entscheidungen überholen können, wird Wachsamkeit zur wichtigsten Ressource.

Andreas M. Brucker